

Donnerstag, 17. Dezember 2020, Münchner Merkur - Nord / Lokalteil

Haar verklagt Nachbargemeinde Grasbrunn

**Nach fast vier Jahren Streit eskaliert die Auseinandersetzung um
das Gewerbegebiet Keferloh**

VON GÜNTER HIEL



Sensible Lage: Zwischen Waldrand und Bundesstraße plant Grasbrunn das Gewerbegebiet Keferloh. Foto: Thomas Rychly/Archiv

Haar – Die Gemeinde Haar klagt gegen ihre Nachbargemeinde Grasbrunn, um das Gewerbegebiet Keferloh doch noch zu verhindern. Fast vier Jahre hat der Gemeinderat Haar gegen die Planung argumentiert und gewettert – und erhebt jetzt Normenkontrollklage. Es war eine denkbar knappe Entscheidung, 15:14. Die CSU mit Bürgermeister Andreas Bukowski und Peter Siemsen (FDP) stimmten für die Klage, SPD und Grüne dagegen, weil sie die Erfolgsaussichten als gering bewerten. In den Reihen der SPD fehlte in der Sitzung allerdings Barbara Lösch, bei den Grünen Petra Tiedemann, sodass sich die Klagebefürworter durchgesetzt haben.

Knapp fünf Hektar umfasst das Gewerbegebiet, das die Gemeinde Grasbrunn im Ortsteil Keferloh plant; so groß wie sechs Fußballplätze. Aber an einer sensiblen Stelle, in einer landschaftlich wertvollen Rodungsinsel – so sehen das jedenfalls die Haarer. Und direkt vor ihre Nase, an den südöstlichen Ortsrand von Haar, wollen die Nachbarn das Gewerbegebiet auch noch setzen, mit Auswirkungen auf die ohnehin schon völlig ausgelastete Kreuzung Grasbrunner/Wasserburger Straße (B 471/B 304).

„Die Gemeinde Haar sollte alle legalen Mittel nutzen, dieses Gewerbegebiet zu verhindern. Das sind wir den Haarern schuldig“, brachte CSU-Sprecher Dietrich Keymer die Haltung seiner Fraktion auf den Punkt. Es sei zwar unangenehm, wenn man im Clinch mit einer Nachbargemeinde lande, sagte Bürgermeister Bukowski, aber man müsse ein Signal setzen.

Die SPD ist skeptisch. Die Chancen stünden laut Einschätzungen von Experten maximal bei 50:50, realistischer wohl nur bei 20:80, dafür sollte man nicht allein fürs erste Verfahren rund 30 000 Euro einsetzen, sagte Fraktionssprecher Thomas Fäth. Vom Gefühl her stehe er an der Seite der CSU, sagte Peter Paul Gantzer (SPD), aber: „Wir dürfen nicht in die Planungshoheit der anderen Gemeinde eingreifen.“ Warum eigentlich nicht, fragt sich Peter Siemsen (FDP). Die Grasbrunner planen da an der Ortsgrenze zu Haar einen „amorphen Siedlungsbrei“. Wie wolle der Gemeinderat Haar den Bürgern noch etwas von Nachhaltigkeit und vorausschauender Städteplanung erzählen, wenn man sich hier nicht zur Wehr setze? Da gehe es um die Glaubwürdigkeit des Gemeinderats. Das Risiko, bei den Haarer Bürgern Vertrauen zu verspielen, wiege schwerer als das Prozessrisiko.

„Aus Haarer Sicht ist das eine absolute Fehlplanung“, stimmte Mike Seckinger (Grüne) zu. „Dummerweise befindet sie sich auf Grasbrunner Flur“, benannte er das Dilemma. Deshalb glauben auch die Grünen nicht, dass Haar das Gewerbegebiet verhindern kann. „Das haben wir nicht im Kreuz“, sagte Gantzer. Und Thomas Fäth warnte vor einer „sündhaft teuren Symbolpolitik“.

Dietrich Keymer rief zu mehr Mut auf. Das finanzielle Schicksal der Gemeinde hänge nicht am Betrag für diese Klage. In die sensible

Rodungsinsel Keferloh dürfe nicht so eingegriffen werden. Das verstoße gegen das Zersiedelungsverbot und wäre ein Präzedenzfall für weitere Bauprojekte.